

Aufruf des Rösrather „Bündnis gegen Fluglärm“

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

Lärm bedroht die Gesundheit vieler Menschen und gefährdet die Entwicklung unserer Kinder. Ungeachtet dieser Tatsache ist die Luftverkehrslobby derzeit bestrebt, bei der Bundesregierung eine weitgehende Freizügigkeit für den Luftverkehr - gerade auch in der Nacht - zu erwirken. Dabei haben Weltgesundheitsorganisation (WHO), Umweltbundesamt und zahlreiche wissenschaftliche Untersuchungen längst die gesundheitlichen Gefahren durch Fluglärm anerkannt.

Wir fordern für Köln/Bonn sofort:

- **Umsetzung des Nachtflugverbots für Passagierflugzeuge in der Kernruhezeit von 0 bis 5 Uhr**
- **Herausnahme der lautesten Flugzeuge wie der MD11 aus der Nacht**
- **Erstellung eines Lärminderungskonzepts unter Beteiligung aller Betroffenen**

Wir unterstützen die bundesweite Unterschriftensammlung mit den grundsätzlichen Forderungen:

- **Ein Nachtflugverbot von 22:00 bis 6:00 Uhr zur Gewährleistung gesunden Nachtschlafs**
- **Keine Aufweichung der Nachtflugbeschränkungen im Luftverkehrsgesetz**
(Erläuterung zum § 29b Luftverkehrsgesetz auf der Rückseite!)
- **Begrenzung des Flugverkehrs und des Fluglärms über Wohngebieten.**
- **Belastung des Luftverkehrs mit allen Steuern und Gebühren, wie andere Verkehrsträger auch.**

- Diese Unterschriftenlisten gehen im Original an die Bundesregierung und in Kopie an die Landesregierung! -

	Vor- und Zuname	PLZ Ort	Straße Nr.	Unterschrift
1				
2				
3				
4				
5				

Diese Unterschriftensammlung ist Teil einer bundesweiten Aktion mit lokaler Unterstützung durch das Rösrather „Bündnis gegen Fluglärm“ (Verein „Lebenswertes Sülztal e.V.“ - „Ärzteinitiative für ungestörten Schlaf“ – Bürgervereine der Lärmschutzgemeinschaft Köln in Forsbach, Kleineichen, Rambrücken) und wird unterstützt von den Rösrather Ortsverbänden der BfR, B'90/Die Grünen und SPD.

Die bundesweite Aktion wird getragen von der Bundesvereinigung gegen Fluglärm e.V. und dem Bündnis der Bürgerinitiativen, Koordination: Dietrich Elsner, Arbeitskreis Fluglärm Mainz-Lerchenberg, Kontakt: ak.fluglaerm.mz@arcor.de.

Derzeitige Formulierung des § 29b Luftverkehrsgesetz (Zitat):

(1) Flugplatzunternehmer, Luftfahrzeughalter und Luftfahrzeugführer sind verpflichtet, beim Betrieb von Luftfahrzeugen in der Luft und am Boden vermeidbare Geräusche zu verhindern und die Ausbreitung unvermeidbarer Geräusche auf ein Mindestmaß zu beschränken, wenn dies erforderlich ist, um die Bevölkerung vor Gefahren, erheblichen Nachteilen und erheblichen Belästigungen durch Lärm zu schützen.

Auf die Nachtruhe der Bevölkerung ist in besonderem Maße Rücksicht zu nehmen.

(2) Die Luftfahrtbehörden und die für die Flugsicherung zuständige Stelle haben auf den Schutz der Bevölkerung vor unzumutbarem Fluglärm hinzuwirken.

Diese Formulierung bietet den Genehmigungsbehörden und den Gerichten die Möglichkeit den Betrieb, besonders den Nachtflugbetrieb zum Schutz der Anlieger zu beschränken.

Zitat aus dem Koalitionsvertrag (2009) zum Luftverkehrsstandort Deutschland:

Seite 38 Neben einer Kapazitätsentwicklung der Flughäfen werden wir insbesondere international wettbewerbsfähige Betriebszeiten sicherstellen. ... erforderliche Präzisierung im Luftverkehrsgesetz ...

Die Bedeutung dieser Formulierung wird transparent, wenn das Ziel des Lobbyisten ADV „Arbeitsgemeinschaft Deutscher Verkehrsflughäfen“ bekannt ist.

Die Arbeitsgemeinschaft Deutscher Verkehrsflughäfen fordert gesetzliche Maßnahmen

(ADV Positionspapier – Nachtflugverbote, Berlin 16.1.2009 – Zitate)

- Flughafen-Infrastruktur muss ... auch nachts genutzt werden können. ... Beschränkung des Flugbetriebs in der Nacht darf nicht zur Regel werden.
- Flugzeuge müssen ... möglichst optimal ausgelastet werden ... in den Tagesrandzeiten ... auch in der Kernnachtzeit ...
- Die Flughäfen fordern daher ... mit einer klarstellenden Formulierung im Luftverkehrsgesetz die Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts ... zurückzuführen.

Folge

Würde das Luftverkehrsgesetz entsprechend der Forderungen der ADV geändert, würde der Schutz der Nachtruhe der Bevölkerung dem Betrieb von Luftfahrzeugen untergeordnet. **Ein Nachtflugverbot wäre gerichtlich nicht mehr durchsetzbar.**

Mit einer Änderung des Raumordnungsgesetzes soll die Verwaltung darüber hinaus verpflichtet werden, die Flughafenentwicklung in Deutschland an den Zielen der Luftverkehrsindustrie, nicht aber an den Bedürfnissen der Menschen zu orientieren.